

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE

Entstehungsgeschichte, Funktionen, Arbeitsweise und Gremien

Vorgeschichte und Gründungsphase

Schon beim NATO-Gipfel im Juli 1990 hatte der Präsident der USA, George Bush, als Bestandteil der "Institutionalisierung" der KSZE die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung angeregt und war mit diesem Vorschlag auf die ungeteilte Zustimmung des NATO-Gipfels gestoßen. Während zunächst noch eine Anbindung der "neuen" Parlamentarischen Versammlung der KSZE an die bereits existente Parlamentarische Versammlung des Europarats geplant war, nahm man schließlich - insbesondere auch im Hinblick darauf, daß wichtige Teilnehmerstaaten der KSZE, wie z.B. die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und die Sowjetunion, keine Mitglieder des Europarates waren oder werden konnten von dieser Vorstellung Abschied und beschloß, die Parlamentarische Versammlung der KSZE unabhängig von jeglichen bereits existierenden interparlamentarischen Institutionen zu gründen.

Den ersten Baustein für ihre Errichtung lieferte die am 21. November 1990 von den Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten unterzeichnete "Charta von Paris für ein neues Europa". Darin heißt es: "In Anerkennung der wichtigen Rolle, die Parlamentarier im KSZE-Prozeß spielen können, sprechen wir uns für eine stärkere Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE aus, insbesondere durch die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der KSZE unter Beteiligung von Parlamentsmitgliedern aus allen Teilnehmerstaaten. Zu diesem Zweck befürworten wir nachdrücklich, daß Kontakte auf Parlamentsebene fortgesetzt werden, um Tätigkeitsbereich, Arbeitsmethoden und Verfahrensregeln einer derartigen parlamentarischen Struktur der KSZE unter Nutzung vorhandener Erfahrungen und bereits geleisteter Arbeiten in diesem Bereich zu erörtern."¹ Die Charta von Paris war damit die Geburtsstunde der Parlamentarischen Versammlung der KSZE.

Vor diesem Hintergrund fand auf Initiative der Präsidenten des spanischen Abgeordnetenhauses und des spanischen Senats vom 1. bis 3. April 1991 in Madrid eine Konferenz von Parlamentariern aus allen - damals - 34 KSZE-

¹ Charta von Paris für ein neues Europa, Paris, 21. November 1990, in: Ulrich Fastenrath (Hrsg.), KSZE. Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Neuwied/Berlin, Losebl.-Ausg., Kap A.2, S. 17.

Teilnehmerstaaten statt, auf der einstimmig beschlossen wurde, die KSZE mit einer Parlamentarischen Versammlung auszustatten und diese einmal pro Jahr zu einer Plenartagung zusammenkommen zu lassen. Dabei sollte der Termin so gewählt werden, daß möglichst viele Parlamente zu diesem Zeitpunkt keine Sitzungen haben und so auch ihre Präsidenten und andere hochrangige und wichtige Mitglieder zu den Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE entsenden könnten. Die erste Tagung der neuen Versammlung - so hatte man sich geeinigt - sollte Anfang Juli 1992 in Budapest stattfinden und durch einen Ausschuß der Delegationsleiter, dem Vorgänger des Ständigen Ausschusses, vorbereitet werden. Dieser Ausschuß, der sich aus je einem Vertreter der Teilnehmerstaaten zusammensetzte, traf am 13. Januar 1992 sowie am 22. Mai 1992 zu zwei Sitzungen zusammen, um einerseits konkret die konstituierende Tagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE vorzubereiten, andererseits aber auch organisatorische Fragen grundsätzlicher Art, so z.B. hinsichtlich Geschäftsordnung, Haushalt, Finanzierungsschlüssel, Sitzverteilung, Sekretariat und anderer Organe der Versammlung, zu erörtern.

Auf der Grundlage dieser Vorbereitungsarbeiten konnte dann vom 3. bis 5. Juli 1992 - und damit wenige Tage vor dem KSZE-Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 9. und 10. Juli 1992 in Helsinki - in Budapest die erste Tagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE mit Delegierten aus nahezu allen KSZE-Teilnehmerstaaten stattfinden. Dabei kam diesem Ereignis auch deshalb besondere Bedeutung zu, weil es einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Institutionalisierung und Festigung des KSZE-Prozesses darstellte.

Aufgaben der Parlamentarischen Versammlung

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE ist das parlamentarische Forum der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das die Entwicklung des OSZE-Prozesses kritisch begleiten und der OSZE-Exekutive wichtige Impulse aus parlamentarischer Sicht geben soll. Sie setzt sich aus derzeit 317 Parlamentariern der 55 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, wobei die Anzahl der Sitze pro Land von 17 (Vereinigte Staaten von Amerika) bis zu zwei Sitzen (Andorra, Liechtenstein, Monaco, San Marino) reicht; die Bundesrepublik Deutschland verfügt wie Frankreich, Italien und Großbritannien über 13 Sitze. Damit stellt die Parlamentarische Versammlung der OSZE das Bindeglied zwischen der exekutiven OSZE und den gewählten und insoweit unmittelbar demokratisch legitimierten Parlamenten der Teilnehmerstaaten dar. Ihre Hauptaufgabe liegt in der

Förderung des interparlamentarischen Dialogs - ein Bereich, dem in Zeiten der zunehmenden Internationalisierung immer weiterer nationaler Politikbereiche und der zunehmenden Interdependenz zwischen diesen Bereichen eine immer größere Bedeutung zukommt. Im einzelnen hat die Parlamentarische Versammlung der OSZE, wie in Artikel 2 ihrer Geschäftsordnung festgelegt, folgende Aufgaben:

- die Verwirklichung der Ziele der OSZE zu bewerten,
- die Themen zu erörtern, die auf den Tagungen des Ministerrats und den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs behandelt werden,
- Mechanismen zur Konfliktverhütung und Konfliktbewältigung zu entwickeln und zu fördern,
- den Ausbau und die Festigung der demokratischen Institutionen in den OSZE-Teilnehmerstaaten zu unterstützen und
- an der Entwicklung der institutionellen Strukturen der OSZE sowie der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den bestehenden OSZE-Institutionen mitzuwirken.

Organisation und Arbeitsweise der Parlamentarischen Versammlung

Anläßlich der ersten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE kam der Delegationsleiterausschuß am 2. Juli 1992 - nach den zuvor erwähnten zwei vorbereitenden Sitzungen - zu einer dritten Sitzung zusammen und verabschiedete eine vorläufige Geschäftsordnung. Diese sah von der Grundstruktur her vor, erstens an der Durchführung (lediglich) einer Jahrestagung festzuhalten, zweitens die Arbeit der Versammlung - orientiert an den "drei Körben" der Schlußakte von Helsinki 1975 - in drei Ausschüssen zu bewerkstelligen und drittens die Leitung der Versammlung einem alljährlich auf der Jahrestagung zu bestimmenden Präsidenten zu übertragen sowie diesem fünf Vizepräsidenten und einen Schatzmeister an die Seite zu stellen. Als Beschlußorgan der Versammlung wurde der Delegationsleiterausschuß in einen Ständigen Ausschuß umgewandelt, dem neben den Delegationsleitern der Präsident der Versammlung, die fünf Vizepräsidenten und der Schatzmeister angehören sollten. Die Arbeit in den drei Ausschüssen wurde je einem jährlich neu zu bestimmenden Vorsitzenden, dem je ein stellvertretender Vorsitzender und ein Berichterstatter an die Seite gestellt wurden, übertragen. Darüber hinaus sollten Zusammensetzung und Mitarbeit in den Ausschüssen den Abgeordneten anläßlich der Jahrestagungen überlassen bleiben.

Zu Beginn der konstituierenden Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE in Budapest wurde dann der finnische Parlaments-

präsident Ilkka Suominen zum ersten Präsidenten der Versammlung gewählt. Die fünf Vizepräsidenten kamen aus Kanada, Dänemark, Ungarn, der Türkei und Rußland. Zum Schatzmeister wurde der britische Abgeordnete Sir Peter Emery gewählt. Außerdem wurden während der Tagung die Ausschüsse für Sicherheit, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für die menschliche Dimension eingesetzt.

Nach der Budapester Tagung wurde die vorläufige Geschäftsordnung im Lichte der Erfahrungen dieser ersten Tagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE überarbeitet, und in seiner Sitzung am 15. Januar 1993 in Kopenhagen nahm der Ständige Ausschuß einstimmig eine neue Geschäftsordnung an, die zugleich implizit eine Änderung der Madrider Entschließung vom April 1991 beinhaltet, soweit deren Bestimmungen mit den neuen Geschäftsordnungsregelungen nicht mehr im Einklang standen.

Auf der Grundlage dieser neuen Geschäftsordnung stellt sich die Organisation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE nunmehr wie folgt dar:

An der Spitze der Versammlung steht der Präsident, der für ein Jahr gewählt wird und einmal wiedergewählt werden kann.² Ihm zur Seite stehen neun Vizepräsidenten, deren - ebenfalls einmal erneuerbare - Amtszeit drei Jahre beträgt, wobei, um eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten, jedes Jahr drei der Vizepräsidenten gewählt werden.³ Darüber hinaus verfügt die Parlamentarische Versammlung der OSZE über einen für jeweils zwei Jahre gewählten Schatzmeister, der zweimal für dasselbe Amt wiedergewählt werden kann.⁴

Präsident, Vizepräsidenten und Schatzmeister werden jeweils auf den Jahresversammlungen in geheimer Abstimmung gewählt. Sie bilden gemeinsam das Präsidium, dem nach Artikel 6 der Geschäftsordnung die Aufgabe zukommt, sicherzustellen, daß die Beschlüsse des Ständigen Ausschusses ausgeführt werden und daß die Funktionsfähigkeit der Versammlung zwischen den Sitzungen des Ständigen Ausschusses gewährleistet ist. Das Präsidium trifft seine Beschlüsse mit Mehrheit.

Der Ständige Ausschuß, dem neben den Mitgliedern des Präsidiums die Vorsitzenden der Allgemeinen Ausschüsse sowie die Leiter der nationalen

² Nachdem Ilkka Suominen zwei Amtszeiten als Präsident fungiert hatte, wurde auf der dritten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE in Wien der belgische Senatspräsident Frank Swaelen zu seinem Nachfolger gewählt. Nachdem dieser zwei Jahre im Amt war, wurde der spanische Abgeordnete Javier Ruperez auf der fünften Jahrestagung in Stockholm im Juli 1996 zum Präsidenten gewählt.

³ Die derzeitigen Vizepräsidenten sind: Iwan Petrowitsch Rybkin (Rußland), Willy Wimmer (Deutschland), Jacques Genton (Frankreich), Steny H. Hoyer (USA), Dr. Kazys J. Bobelis (Litauen), Frau Helle Degn (Dänemark), András Bárony (Ungarn), John English (Kanada) und Wojtech Lamentowicz (Polen).

⁴ Schatzmeister der Versammlung ist nach wie vor Sir Peter Emery (Großbritannien).

Delegationen angehören, ist das Lenkungsorgan der Versammlung. Nach Artikel 30 der Geschäftsordnung bereitet er die Arbeit der Versammlung zwischen Sitzungsperioden vor und ergreift die von ihm für erforderlich gehaltenen Maßnahmen, um die Fortführung der Arbeit der Versammlung zwischen den Sitzungsperioden zu gewährleisten. Der Ständige Ausschuß faßt seine Beschlüsse nach dem "Konsens minus eins"-Prinzip mit der zusätzlichen Maßgabe, dieses in eine "Konsens minus zwei"-Formel abzuwandeln, sobald eine solche Regelung im Bereich der OSZE-Exekutive eingeführt wird.

Die inhaltliche Arbeit der Versammlung wird schwerpunktmäßig in den von ihr eingesetzten Allgemeinen Ausschüssen geleistet, zu denen auf jeden Fall gehören:

- der Allgemeine Ausschuß für politische Angelegenheiten und Sicherheit,
- der Allgemeine Ausschuß für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt sowie
- der Allgemeine Ausschuß für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Die Mitglieder der Allgemeinen Ausschüsse werden von den nationalen Delegationen ernannt, wobei das Ziel einer ausgewogenen Zusammensetzung der Ausschüsse zu berücksichtigen ist. Jeder Ausschuß verfügt über einen sich aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Generalberichterstatter zusammensetzenden Vorstand. Die Vorstandsmitglieder werden von den Mitgliedern ihres jeweiligen Ausschusses für jeweils ein Jahr gewählt, wobei die Geschäftsordnung allerdings keine Beschränkungen für ihre Wiederwahl vorsieht.⁵

Zusätzlich zu den Allgemeinen Ausschüssen kann der Ständige Ausschuß Ad-hoc-Ausschüsse für besondere Aufgaben einsetzen und deren Mandatsdauer, Zusammensetzung und Zuständigkeiten festlegen.

In den Jahren 1995 und 1996 gab es einen Ad-hoc-Ausschuß, der die Aufgabe hatte, einen Entwurf für einen "Verhaltenskodex zu politisch-demokratischen Aspekten der Zusammenarbeit" zu erstellen. Das Projekt geht zurück auf eine Initiative der Präsidentin des Deutschen Bundestages und Leiterin der deutschen Delegation, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, die anlässlich der Sitzung

⁵

Bislang haben zwei Deutsche eine Vorstandsfunktion innerhalb eines der Allgemeinen Ausschüsse innegehabt: Die Präsidentin des Deutschen Bundestages und Leiterin der deutschen Delegation, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, war 1992 Generalberichterstatterin und 1993 Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt, der Abgeordnete Freimut Duve ist im Juli 1995 in Ottawa zum Vorsitzenden des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen gewählt worden.

des Ständigen Ausschusses im Januar 1995 vorgeschlagen hatte, einen derartigen Verhaltenskodex analog und in Ergänzung zu dem von der OSZE-Exekutive verabschiedeten "Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit" zu erarbeiten. Der Ad-hoc-Ausschuß wurde von Frau Süßmuth geleitet; seine weiteren Mitglieder kamen aus Dänemark, Finnland, Frankreich, den Niederlanden, Polen und den USA. Der von ihm erarbeitete Text ist auf der 5. Jahrestagung der Versammlung im Juli 1996 in Stockholm einstimmig verabschiedet worden.

Schließlich verfügt die Parlamentarische Versammlung der OSZE über ein Internationales Sekretariat mit Sitz in Kopenhagen. An seiner Spitze steht der auf Vorschlag des Präsidiums vom Ständigen Ausschluß ernannte Generalsekretär, dessen Amtszeit fünf Jahre beträgt und durch Mehrheitsbeschluß des Ständigen Ausschusses erneuert werden kann.⁶ Ihm zur Seite stehen zwei stellvertretende Generalsekretäre,⁷ davon einer mit Verantwortung für die Finanzen. Das Internationale Sekretariat ist dafür zuständig, die diversen Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vorzubereiten und zu organisieren sowie die gewählten Funktionäre der Versammlung in ihren Aktivitäten organisatorisch und inhaltlich zu unterstützen.

Finanzierung/Budget

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE arbeitet mit jährlichen Haushalten, wobei es Aufgabe des Schatzmeisters ist, mit Unterstützung des Generalsekretärs jeweils den Haushaltsvoranschlag für das folgende Haushaltsjahr aufzustellen und dem Ständigen Ausschluß zur Erörterung und Beschlußfassung vorzulegen. Das Haushaltsjahr reicht jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September des folgenden Jahres. Dabei hatte der letzte Haushalt, i.e. der des Jahres 1995/1996, ein Volumen von 9,4 Millionen dänischen Kronen (ungefähr 2,45 Millionen DM). Der Haushalt des Jahres 1996/1997 wurde auf der fünften Jahrestagung der Versammlung in Stockholm verabschiedet und weist ein Volumen von 9,65 Millionen dänischen Kronen auf.

Zurückgehend auf die Madrider Entschließung, werden die nationalen Beiträge zum Haushalt der Versammlung nach der Kostenteilungsformel der Regierungskonferenzen der OSZE berechnet. Die sechs größten Bei-

⁶ Als erster Generalsekretär der Versammlung wurde im Januar 1993 der US-Amerikaner R. Spencer Oliver ernannt.

⁷ Stellvertretende Generalsekretäre sind der Finne Pentti Väänänen und der Russe Witali Jewsejew.

tragszahler (Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland, Großbritannien und die USA) bringen jeweils neun Prozent des Budgets auf, während die kleinsten Teilnehmerstaaten lediglich 0,15 Prozent zahlen. Der Deutsche Bundestag hat seinen Beitragsanteil in seinem Einzelplan des Bundeshaushalts veranschlagt.

Die bisherigen Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Entsprechend der Geschäftsordnung, die in Artikel 11 vorsieht, daß "die Versammlung (...) einmal im Jahr während der ersten zehn Tage im Juli für höchstens fünf Tage zu einer ordentlichen Sitzungsperiode" zusammentritt, hat es bislang fünf Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE bzw. OSZE gegeben:

- die erste vom 3. bis 5. Juli 1992 in Budapest,
- die zweite vom 6. bis 9. Juli 1993 in Helsinki,
- die dritte vom 5. bis 8. Juli 1994 in Wien,
- die vierte vom 4. bis 8. Juli 1995 in Ottawa und
- die fünfte vom 5. bis 9. Juli 1996 in Stockholm.

An den Jahrestagungen nehmen in aller Regel auch Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Versammlung der WEU, der Nordatlantischen Versammlung, der Interparlamentarischen Union und des Europäischen Parlaments teil, da der Ständige Ausschuß diesen Organisationen in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Beobachterstatus eingeräumt hat.

Auf jeder ihrer Jahrestagungen haben die Parlamentarier ein breites Spektrum von Themen aus dem Bereich der KSZE/OSZE behandelt und jeweils zum Abschluß der Tagung auf der Grundlage ihrer Diskussionen ein Schlußdokument sowie eine Reihe von Resolutionen und Empfehlungen verabschiedet.

In diesen Dokumenten bekräftigen sie die Bedeutung gemeinsamer Werte wie Demokratie, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und Minderheitenschutz als Grundlage für die Zusammenarbeit in der KSZE bzw. OSZE.

Durchgängig einen breiten Raum widmen sie dem Thema "Die KSZE (bzw. ab Ottawa: OSZE) und die europäische Sicherheit", insbesondere der künftigen Rolle der OSZE im Rahmen einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung. Dabei sehen die Parlamentarier eine der vorrangigen Aufgaben der OSZE in den Bereichen Früherkennung von Konflikten, Früh-

warnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. In diesem Zusammenhang haben sie sich u.a. dafür ausgesprochen, den OSZE-Mechanismus zur Konfliktverhütung und Friedenssicherung weiter auszubauen und bei Friedensmissionen auf die Unterstützung anderer regionaler Organisationen wie der NATO und der WEU zurückzugreifen sowie die OSZE in eine regionale Sicherheitsorganisation nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen umzuwandeln und ihr damit eine entsprechende rechtliche Grundlage zu verschaffen. Des Weiteren sind sie sich darin einig, daß die Rolle der OSZE und ihrer Parlamentarischen Versammlung angesichts der Vielzahl neuer regionaler und ethnischer Konflikte weiter gestärkt werden muß. Außerdem dürfe der Begriff der Sicherheit nicht mehr rein politisch-militärisch verstanden werden; es müsse vielmehr ein erweiterter Sicherheitsbegriff gelten, der auch wirtschaftliche, soziale und ökologische Elemente sowie insbesondere die politisch-demokratische Zusammenarbeit umfasse.

In bezug auf die wirtschaftliche Dimension unterstreichen die Parlamentarier immer wieder die enge Wechselbeziehung zwischen Freiheit, Demokratie, Pluralismus, marktwirtschaftlichen Strukturen und sozialer Gerechtigkeit. Sie weisen darauf hin, daß der wirtschaftliche Wandel in den Ländern, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft befinden, in verantwortlicher und ausgewogener Weise herbeigeführt werden muß und daß die betroffenen Länder, um die beträchtlichen Risiken im sozialen und ökologischen Bereich so gering wie möglich zu halten, der wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Hilfe durch die westlichen Industriestaaten bedürfen.

Im Bereich der menschlichen Dimension erklären die Parlamentarier die Durchsetzung der Menschenrechte und insbesondere des Schutzes der Minderheiten zur nach wie vor zentralen Aufgabe der OSZE. Vor diesem Hintergrund befürworteten sie die Entsendung von Beobachtermissionen der OSZE in Länder, in denen Minderheitenrechte verletzt werden, und sprechen sich für die Teilnahme von Mitgliedern der Parlamentarischen Versammlung an solchen Missionen aus.

Zusätzlich zu den drei dargestellten, in den Allgemeinen Ausschüssen verankerten Themenbereichen haben die Parlamentarier auf jeder ihrer Jahrestagungen sowie auf allen Sitzungen des Ständigen Ausschusses aktuelle Probleme und Situationen diskutiert, durch die sie die europäische Sicherheit bedroht sahen. So beschäftigten sie sich wiederholt mit der Lage im ehemaligen Jugoslawien bzw. insbesondere der jeweils aktuellen Situation in Bosnien-Herzegowina, dem Tschetschenien-Konflikt, der Lage in Berg-Karabach sowie der Menschenrechtssituation in der Türkei und verabschiedeten hierzu eigenständige oder in das jeweilige Schlußdokument integrierte Erklärungen.

Weitere Schwerpunkte der Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE außerhalb ihrer Jahrestagungen stellen die drei Programme dar, die sie zur Förderung der Demokratie und damit zur Gewährleistung der internationalen Sicherheit eingerichtet hat: Wahlbeobachtungen, Missionen und das Programm zur Demokratiehilfe ("Democratic Assistance Programme").

Der Überwachung von Parlamentswahlen durch Parlamentarier, die ihrerseits vom Volk in ihrem jeweiligen Land gewählt sind, kommt besondere Bedeutung zu. Wird dem Parlament in einer noch jungen Demokratie durch in der Demokratie erfahrene Parlamentarier anderer Länder bestätigt, daß es aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen ist, so stärkt dies seine Position als Gegengewicht zur Regierung und gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Hinzu kommt, daß die durch Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE durchgeführten Wahlbeobachtungen als kritischer und objektiver gelten können als die vieler anderer Institutionen, da die Parlamentarier zum einen Träger eines öffentlichen Amtes, zum anderen aber als Abgeordnete von der Regierung unabhängig sind.

Seit 1993 haben ungefähr 400 Beobachter aus 40 Teilnehmerstaaten an der Beobachtung von Parlamentswahlen in Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Kroatien, Estland, Mazedonien, Georgien, Kasachstan, Lettland, Moldau, Rußland, der Ukraine und Usbekistan teilgenommen. Die letzten Wahlbeobachtungen fanden in Albanien, Rußland sowie in Bosnien und Herzegowina statt.

Zusätzlich zu den Wahlbeobachtungen entsendet die Parlamentarische Versammlung der OSZE zur Förderung des informellen Dialogs zwischen den Parlamentariern verschiedener Teilnehmerstaaten Delegationen hochrangiger Politiker in Spannungs- und Krisengebiete. Über diese Missionen, die zur Wahrung der Menschenrechte und rechtsstaatlicher Grundsätze in dem beschickten Land beitragen sollen, wird anschließend ein Bericht erstellt, der den zuständigen Stellen übermittelt und auf der jeweils nächsten Jahrestagung von den Parlamentariern in ihrer Gesamtheit diskutiert wird. Prominentestes Beispiel im Bereich der Missionen ist bislang die unter der Leitung des deutschen Abgeordneten und Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Willy Wimmer im Mai 1995 durchgeführte Türkei-Mission.

Nachdem sich insbesondere aus den Wahlbeobachtungen in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion die Erkenntnis ergeben hatte, daß Verfahrensmängel zumeist auf die fehlende demokratische Tradition in diesen Ländern zurückzuführen waren und sind, bietet die Parlamentarische

Versammlung der OSZE seit 1995 Trainingsseminare für Politiker der jungen Demokratien an, die von in der Demokratie erfahrenen Parlamentariern anderer Teilnehmerstaaten durchgeführt werden. Sie sollen dazu beitragen, stabile politische Systeme mit effektiv arbeitenden Parlamenten und einer strikten Gewaltenteilung zu schaffen.

Verhältnis zwischen OSZE-Exekutive und Parlamentarischer Versammlung der OSZE

Bereits anlässlich ihres ersten Treffens am 19. und 20. Juni 1991 in Berlin hatten die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung der KSZE begrüßt und als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer stärkeren Einbeziehung der Parlamentsarbeit in die KSZE gewürdigt. In Bekräftigung ihrer Verpflichtung, die Demokratie als die einzige Regierungsform in ihren Ländern zu stärken, sahen sie der Darstellung aller Ansichten der Parlamentarischen Versammlung der KSZE über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und über die zukünftige Entwicklung der KSZE erwartungsvoll entgegen.

Auch im Prager Dokument über die weitere Entwicklung der KSZE-Institutionen und Strukturen, das anlässlich des zweiten Treffens des Rates der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten am 30. und 31. Januar 1992 in Prag verabschiedet wurde, sprachen sich die Außenminister nochmals für einen aktiven Dialog zwischen KSZE-Exekutive und Parlamentarischer Versammlung aus und bekundeten ihre Bereitschaft, den Vorsitzenden des Rates zu dem Budapester Treffen der Versammlung im Juli 1992 zu entsenden, damit dieser dort über die Arbeit der KSZE Bericht erstatten, diesbezügliche Fragen von Parlamentariern beantworten und die Ansichten der Parlamentarier festhalten könne, um sie anschließend an den Rat weiterzuleiten.

Die anlässlich der ersten Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE in Budapest verabschiedete, an die Staats- und Regierungschefs gerichtete "Budapester Erklärung von 1992" markierte dann den eigentlichen Beginn der Wechselbeziehungen zwischen der Parlamentarischen Versammlung der KSZE bzw. OSZE und der KSZE- bzw. OSZE-Exekutive. Zum einen werden alle auf den Jahrestagungen der Parlamentarischen Versammlung verabschiedeten Erklärungen und Berichte sowie alle Berichte über Wahlbeobachtungen, Missionen und andere Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE sowie den anderen OSZE-Institutionen übermittelt. Zum anderen berichten Vertreter der OSZE-Exekutive der Parlamentarischen Versammlung

regelmäßig über ihre Arbeit und ihre Aktivitäten. So ist es seit 1993 Tradition, daß der jeweils Amtierende Vorsitzende der OSZE auf der Jahrestagung der Versammlung deren Mitglieder persönlich über Arbeit und Aktivitäten der OSZE-Exekutive informiert und ihnen zur Beantwortung ihrer diesbezüglichen Fragen zur Verfügung steht. Auch an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses nehmen meistens die Vorsitzenden einiger anderer OSZE-Institutionen teil. Darüber hinaus ist die Versammlung bei jedem offiziellen OSZE-Treffen - und damit auch bei den Sitzungen des Hohen Rates wie des Ständigen Rates der OSZE und den Jahrestreffen des OSZE-Ministerrats - vertreten und unterhält enge Arbeitsbeziehungen sowohl zu dem jeweiligen Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem OSZE-Generalsekretär als auch zu den anderen OSZE-Institutionen in Wien, Prag, Warschau und Den Haag.

Daß auch die OSZE-Exekutive mittlerweile der Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung einen hohen Stellenwert beimißt, läßt sich daran ablesen, daß sie in zwei Fällen in der jüngeren Vergangenheit die Parlamentarische Versammlung von sich aus um einen Beitrag hinsichtlich zweier ihrer laufenden Projekte gebeten hat. Es handelt sich zum einen um die Entwicklung "eines gemeinsamen und umfassenden Sicherheitsmodells für Europa für das 21. Jahrhundert" und zum anderen um die Wahlen in Bosnien und Herzegowina, für deren Vorbereitung, Durchführung und Beobachtung das Friedensabkommen von Dayton der OSZE eine Schlüsselposition zuschreibt.

Ausblick

Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, daß sich die Wechselbeziehungen zwischen Parlamentarischer Versammlung der OSZE und OSZE-Exekutive in Zukunft eher noch vertiefen und weiterhin Grundlage einer fruchtbaren Zusammenarbeit zum Nutzen aller sein werden.

Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil das Engagement von Parlamentariern im internationalen Bereich wesentlich dazu beitragen kann, der für diesen Bereich in letzter Zeit verstärkt geltend gemachten Demokratisierungsforderung gerecht zu werden.

Während die traditionell mit der Außenpolitik betrauten Diplomaten als öffentliche Bedienstete zumindest über keine unmittelbare demokratische Legitimation verfügen, sind Parlamentarier direkt vom Volk gewählt und erfahren dadurch eine unmittelbare demokratische Legitimation und Verantwortung. Und während Diplomaten in aller Regel hinter verschlossenen Türen nicht-öffentliche Verhandlungen führen, ist der Beruf des Parlamentariers geprägt vom offenen, öffentlichen und damit transparenten Austausch

von Meinung und Gegenmeinung sowie der Suche nach Mehrheiten. Vor diesem Hintergrund können parlamentarische Diplomatie im allgemeinen und das Engagement von Abgeordneten in interparlamentarischen Versammlungen im besonderen dazu beitragen, Sprachlosigkeit zu überwinden und Brücken der Verständigung zu schlagen, zu welchen die offizielle Diplomatie nicht oder noch nicht bereit sein kann.

Hiervon könnte die OSZE als Organisation, die sich die Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitsraums, der auf ihrer umfassenden und kooperativen Auffassung von Sicherheit und ihrer Unteilbarkeit beruht, zum Ziel gesetzt hat, in besonderem Maße profitieren.